



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 25. Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (P/025/2021)

am Mittwoch, 29. September 2021,

16:00 Uhr

**in der Messe Dresden, Halle 3,
Messering 6, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Annekatriin Klepsch

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kati Bischoffberger
Andrea Mühle
Robert Schlick

CDU-Fraktion
Manuela Graul
Steffen Kaden

Fraktion DIE LINKE.
Anja Apel
Christopher Colditz

Fraktion Alternative für Deutschland
Harald Gilke
Heiko Müller

SPD-Fraktion
Vincent Drews

FDP-Fraktion
Robert Malorny

Dissidenten-Fraktion
Maximilian Aschenbach

Fraktion Freie Wähler Dresden
Susanne Dagen

Stellvertretende Mitglieder
Falk Breuer

Vertretung für Herrn Christian Pinkert

-
Peter Krüger

Vertretung für Frau Anke Wagner

Stellvertretende Mitglieder
André Schollbach

Vertretung für Leo Lentz

Abwesend:

CDU-Fraktion
Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.
Leo Lentz

Fraktion Alternative für Deutschland
Christian Pinkert

Gäste:

Herr Rudelt
Herr Ukena
Frau Aurin
Herr Georgi

Bürgerinitiative „Rudolf rollt“
Zoo Dresden GmbH
Petentin TOP 1.2
Petent TOP 1.2

Schriftführer/-in:

Frau Gertig

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|-------------|---|----------------------------------|
| 1 | Petitionen zur Beschlussfassung | |
| 1.1 | E-Petition "Digitalisierung des Zoo Dresden" | P0075/21
beschließend |
| 1.2 | E-Petition „Zoo der Zukunft: Nachhaltig & Digital“ | P0076/21
beschließend |
| 1.3 | E-Petition „Ein sozialer Ort für Alle, statt Parkplatzwüsten auf der Friedensstraße“ | P0083/21
beschließend |
| 1.4 | E-Petition „Schaffung eines FREE OPEN AIR GYM und eines STADT-TEILGARTEN auf dem Gelände zwischen der 146. Grundschule und dem Inneren Neustädter Friedhof“ | P0088/21
beschließend |
| 1.5 | Straßenmusik auf der Prager Straße | P0149/19
beschließend |
| 1.6 | Lärmbelästigung durch Straßenmusik im Zentrum von Dresden | P0011/20
beschließend |
| 1.7 | Verstärkerverbot für Straßenmusik ab 20 Uhr | P0016/20
beschließend |
| 1.8 | E-Petition Generelles Verstärkerverbot für Straßenmusik in der Innenstadt | P0025/20
beschließend |
| 1.9 | Petition „Belästigung durch Straßenmusik“ | P0062/21
beschließend |
| 1.10 | Petition "Gegen Verpollerung des Parkplatzes am Schillergarten" | P0057/21
beschließend |
| 1.11 | E-Petition „Nürnberger Straße sicher und bedarfsgerecht für Fuß- und Radverkehr gestalten“ | P0085/21
beschließend |
| 1.12 | Petition „Fahrradstraße Straßburger Platz bis Schulcampus Tolke- witz“ | P0086/21
beschließend |
| 1.13 | E-Petition „Hunde-Freifläche im westl. Alaunpark“ | P0079/21
beschließend |
| 1.14 | E-Petition „Hundewiese in Striesen“ | P0087/21
beschließend |

- | | | |
|-------------|---|----------------------------------|
| 1.15 | Petition "Straßenbenennung nach Georg Gradnauer" | P0084/21
beschließend |
| 1.16 | E-Petition „Abschaffung der Zweitwohnungssteuer für Eltern, die Ihre Kinder im Nestmodell betreuen“ | P0089/21
beschließend |
| 1.17 | E-Petition „Kein umweltbelastender Ski-Weltcup mehr an den Elbwiesen!“ | P0092/21
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|------------|--|--|
| 2 | Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung | |
| 2.1 | E-Petition Stopp der Bevorzugung der Pkw bzw. der Bevorrechtigung des MIV auf Dresdener Straßen, Wegen und Plätzen | P0090/21
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 2.2 | E-Petition/Petition "Dresden soll sicherer Hafen werden!" | P0091/21
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 2.3 | E-Petition „Stopp der Radvorrangroute Ost“ | P0093/21
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3 | Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung zur Kenntnis | |
| 4 | Sonstiges | |

öffentlich

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch eröffnet mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der form- und fristgemäßen Ladung die Sitzung.

Frau Stadträtin Bischoffberger bittet, den Tagesordnungspunkt 1.11 zu vertagen, da die Zuarbeit der verkehrspolitischen Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch nicht vorliege.

Zu der Vertagung stellt **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** die mehrheitliche Zustimmung des Gremiums fest. Des Weiteren stellt sie Einvernehmen zur so geänderten Tagesordnung fest.

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung tritt in die so geänderte Tagesordnung ein.

1 Petitionen zur Beschlussfassung**1.1 E-Petition "Digitalisierung des Zoo Dresden"****P0075/21
beschließend**

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch begrüßt zu diesem Thema Frau Aurin (Petentin) sowie Herrn Ukena (Geschäftsführer Zoo Dresden GmbH). Des Weiteren stellt Sie Einvernehmen fest, die Tagesordnungspunkte 1.1 und 1.2 zusammen zu behandeln.

Frau Aurin stellt die Petition P0076/21 (Tagesordnungspunkt 1.2) inhaltlich vor. Sie habe diese bereits in der Stadtratssitzung vorgestellt. Der Punkt gegen den Bau des Affenhauses sei inzwischen wegen des Stadtratsbeschlusses obsolet.

Dennoch gehe es um ein neues Konzept für den Zoo mit folgenden Eckpunkten:

- Fokus des Dresdner Zoos auf heimische Zucht- und Wildtiere
- Einsatz von Augmented & Virtual Reality Technologien im Bereich exotische Wildtiere
- Vertrieb ökologischer Produkte aus eigener Erzeugung

Herr Ukena berichtet, dass dem Stadtrat im Jahr 2006 ein Modernisierungsplan des Zoos vorgestellt worden sei. Letzter Baustein des Prozesses sei der Neubau eines Orang-Utan-Hauses, den der Stadtrat nun beschlossen habe. In den nächsten zwei bis drei Jahren werde der Zoo sein Zukunftskonzept weiterentwickeln. Selbstverständlich werde die Digitalisierung dabei eine Rolle spielen. Bei diesem Prozess werde der Zoo sicherlich mit den Bürgern und Besuchern der Stadt in einen Dialog eintreten.

Derzeit sei Dresden ein klassischer Zoo, der sich nur langsam entwickle. Die Gästezahl sei von 440.000 im Jahr 2003 auf zuletzt 950.000 jährlich (vor Corona) gestiegen. Man sei auf dem Weg, ein größerer Zoo zu werden bei sehr knappen Finanzmitteln. Der städtische Zuschuss habe sich seit 17 Jahren nicht verändert und sei in diesem Jahr gekürzt worden. Insofern seien die Möglichkeiten begrenzt. Er spricht dafür, mit dem Zoo behutsam umzugehen und bei den Tieren sowie der Entwicklung des Zoos in Generationen zu denken. Einerseits sieht er die Digitalisierung und andererseits auch die Entschleunigung, zu der der Zoo beitrage.

Die Antwort auf die Petition liege dem Ausschuss vor. Auch sei das Thema bereits im Aufsichtsrat des Zoos diskutiert worden. Das Thema sei also gesetzt, und man wolle zur Entwicklung des Zoos mit den Bürger-n/-innen ins Gespräch kommen. Momentan habe Dresden einen klassischen Zoo. Sei Credo sei, wenn man Tiere halte, wolle man das exzellent machen. Einige Bereiche erfüllen das bereits, in anderen bestehe Nachholbedarf. Der Weg des klassischen Zoos solle behutsam fortgeführt werden.

Frau Stadträtin Graul fragt die Petentin, wie sie sich die Umsetzung ihres Anliegens vorstelle. Außerdem sei der Neubau des Orang-Utan-Hauses beschlossen worden.

Frau Aurin erklärt, dass das Projekt nicht verhindert werden solle. Sie sieht den Zeithorizont der nächsten 50 Jahre und geht davon aus, dass künftige Generationen die Tiere nicht zwingend live sehen müssten. Es sollte daher schon heute geplant werden, welche Tiere in den kommenden Jahren nicht mehr gehalten werden. Im Fokus stehen insbesondere große exotische Tiere, wie Elefant, Giraffe etc. Diese könnten digital präsent seien.

Frau Graul bezieht sich auf den Bildungsauftrag des Zoos. Die einheimischen Tiere könnten auch auf dem Bauernhof oder im Wildtiergehege angeschaut werden. Wenn die nicht einheimischen Tiere im Zoo nicht mehr zu finden seien, erübrige sich der Bildungsauftrag.

Frau Aurin sieht in der Nutzung der neuen Medien die Erfüllung des Bildungsauftrages. In anderen Zoos, wie in Frankfurt am Main und Köln, seien bereits digitale Angebote umgesetzt. Diese Zoos verzichten auf die Tiere. Das würde den Zoo außerdem finanziell entlasten. Auch kleinere Tiere seien sehenswert.

Herr Stadtrat Schlick unterstützt die Petition. Er sieht ebenfalls den Bedarf für eine Weiterentwicklung des Zoos. Exotische Tiere auf begrenztem Raum zu halten, sei keine artgerechte Haltung. Auch könnten in Gefangenschaft aufgewachsene Orang-Utans nicht ausgewildert werden. Er fragt, wie schon heute der Weg beschritten werden könne, sich von der Haltung exotischer Tiere zu lösen.

Ferner äußert er die Auffassung, dass auch mit der Digitalisierung der Bildungsauftrag erfüllt würde. Die Zoos geben die Realität nicht wieder. Das Leben in freier Wildbahn unterscheide sich deutlich vom Leben der Tiere im Zoo. Dokumentationen und Simulationen könnten hier mehr leisten.

Herr Ukena betont, dass der Dresdner Zoo nicht alleine handele, sondern europaweit und weltweit vernetzt sei. Schon seit sehr langer Zeit würden keine Tiere aus freier Wildbahn mehr entnommen. Die Populationen der Zoos würden selbst gemanagt, europa- und weltweit.

Er betont, dass die Lebensräume der Tiere durch den Menschen stark bedroht seien und Tierarten bereits ausgestorben seien. Der Zoo sei daher ein Stück weit Arche Noah. Er sieht es als Verpflichtung an, dass die Tiere unter exzellenten Bedingungen gehalten werden. Es gebe europa- und weltweit keine Alternative, die Orang-Utans abzugeben. Das gelte auch für andere Großtierarten, die im Dresdner Zoo leben. Auch wenn man sich für ein anderes Konzept für den Zoo entscheiden würde, bedeute das dennoch, dass die vorhandenen Tiere bis zu ihrem Lebensende in Dresden blieben.

Herr Stadtrat Kaden bezieht sich auf die wachsende Besucherzahl des Dresdner Zoos. Er richtet an die Petentin die Frage, worauf sich ihre These stütze, dass die Bevölkerung in den kommenden Jahren die Tiere nicht mehr live sehen möchte.

Frau Aurin erklärt, dass das Interesse, die Tiere zu sehen, schon da sei, aber nicht in der Art, wie sie derzeit präsentiert würden. Sie wollen sie nicht in Gefangenschaft hinter einer zerkratzten Scheibe sehen. Das sei nicht mehr zeitgemäß. Ein Großteil der Besucher des Zoos seien junge Mütter, die zur Geburt ihres Kindes kostenlos die Jahreskarte erhalten und Rentner mit Enkeln. Es habe ein Umdenken hin zu einem nachhaltigen Mindset stattgefunden, was sich in Zukunft weiter verfestigen werde. Daraus schließt sie, dass für die Haltung von Großtieren in Gefangenschaft in Zukunft kein Geld mehr ausgegeben werde. Diese These könne sie nicht an Zahlen belegen. Ein chinesischer Zoo gewinne an Attraktivität, obwohl er nur aus Augmented & Virtual Reality bestehe.

Frau Stadträtin Dagen nimmt auf die Argumentation des Arten- und Umweltschutzes sowie des Bildungsaspektes Bezug. Es nötige ihr eine gewisse Faszination ab, dass über die nächsten 30 bis 50 Jahre vermeint werden zu können. Die Petentin wolle wissen, welche Bevölkerungsgruppen den Zoo besuchten. Auch spreche sie von einem Umbau des Zoos und dann wieder von einem Nebeneinander von Umbau und Digitalisierung. Frau Stadträtin Dagen möchte wissen, auf welcher Expertise die Petition basiere.

Frau Aurin berichtet, dass sie den Zoo in diesem Jahr einmal besucht habe. Das sei auch der ausschlaggebende Anlass für die Petition gewesen. Sie habe ein trauriges Bild wahrgenommen. Die Kinder hätten sich die Tiere kurz angeschaut, aber die Hauptattraktion bei Kindern, die sie begleitet haben, seien die Spielgeräte und die Pinguine gewesen. Daher seien Befragungen in diversen Bevölkerungsgruppen durchgeführt worden, wie Rentnern, Kindern, Teenagern, Landschaftsarchitekten, Zoologen, Zooarchitekten. Einige seien mit dem Zoo zufrieden, jedoch der größte Teil unterstütze neue Ideen.

Auf die Fragen von **Herrn Stadtrat Malorny** antwortet **Herr Ukena**:

Die Petitionen hätten 24 bzw. 195 Unterstützer/-innen. Der Zoo werde von 950.000 Gästen jährlich besucht (vor Corona). Der Zoo sei eines der wenigen Freizeitangebote der Stadt, wo sich alle Bevölkerungsgruppen treffen. Auch erhalte der Zoo zahlreiche Zuschriften, sowohl Lob als auch Kritik. Er verweist auf die Google-Rezensionen und stellt fest, dass der Zoo im Herzen der Dresdner angekommen sei und unterstützt werde. Das sei auch an der Spendenbereitschaft zu sehen. Für das Orang-Utan-Haus sei fast eine Million Euro gespendet worden.

Die letzte Befragung von Nicht-Zoobesuchern sei 2006 durchgeführt worden. Damals seien im Zusammenhang mit dem ersten Zukunftskonzept Zoobesucher sowie Nicht-Besucher, also außerhalb des Zoos, befragt worden.

Seitdem würden regelmäßig Besucherbefragungen im Zoo durchgeführt.

Neben den bereits erwähnten Spenden für das Affenhaus habe der Zoofreundeverein in den letzten anderthalb Jahren 2,5 Mio. Euro Spenden gesammelt. Außerdem habe der Zoo 300 Tierpaten, die die Tierhaltungskosten ihrer Tiere unterstützen. Des Weiteren seien dem Zoo allein in diesem Jahr 21 Erbschaften zugekommen. Der Zoo sei ein Gut der Stadt, das man langsam in die nächste Generation bringe. Einige Ideen finde er spannend, andere betrachte er als Zoodirektor aus einer anderen Sicht.

Auf die Fragen von **Herrn Stadtrat Schollbach** zu einer möglichen Erhebung der soziologischen Struktur sowie zur Altersstruktur der Besucher/-innen des Zoos und der Erkenntnisse daraus antwortet **Herr Ukena**. Vor vier Jahren sei eine solche Erhebung gemacht worden. Größtenteils besuchten Familien mit Kindern sowie Rentner den Zoo. Auch Schulklassen machen einen Großteil der Besucher aus. Die Zooschule als außerschulischer Bildungsort habe drei Lehrer, die regelmäßig vier Klassen unterrichten. Ziel sei es, auch andere Bevölkerungsgruppen zu akquirieren.

Eine erneute Erhebung sei im Zuge der Fortschreibung des Zukunftskonzepts geplant.

Herr Stadtrat Aschenbach möchte wissen, welche Veränderungen der Zoo für die Zukunft avisiere.

Herr Ukena führt aus, dass die Tierhaltung immer im Vordergrund stehe. Mit dem Projekt des Affenhauses sei der Zoo derzeit stark gefordert. Auf dem Gelände gebe es nur wenige freie Flächen, wie den Streichelzoo und die Pinguinwiese. Auch seien einige Gehege in die Jahre gekommen und hätten Nachholbedarf. Die großen Projekte des Zoos – ober- und unterirdisch – seien nach Fertigstellung des Affenhauses abgeschlossen. Dann stünden die kleinen Gehege, wie Streichelzoo und Aquarium, im Fokus, deren bauliche Substanz erneuerungsbedürftig sei.

Es seien also Modernisierungsmaßnahmen nötig, und auch das Thema Artenschutz sei noch stärker zu betrachten. Vor drei Jahren sei ein Artenschutz-Euro eingeführt worden, den die Gäste freiwillig bezahlen. Die Einnahmen von jährlich 300.000 Euro würden an 15 bis 20 Artenschutzprojekte verteilt. Dieser Bereich solle gestärkt werden.

Ebenso werde der Bildungsauftrag weiterverfolgt. Momentan habe man nur die Zooschule. Weitere Bildungsformate würden derzeit entwickelt. Dafür schaue man Best-Practice-Beispiele anderer Zoos an, wie in Zürich oder Chester.

Herr Stadtrat Gilke geht auf die über 11.000 Google Bewertungen mit einem Durchschnittswert von 4,4 von 5 Punkten ein. Er berichtet, dass seine Familie Jahreskartenbesitzer des Zoos gewesen sei, als die Kinder noch jünger gewesen seien. Für seine Kinder sei der Zoobesuch immer wieder ein Erlebnis gewesen. Er findet es schade, wenn man das den zukünftigen Generationen nehmen würde. Er räumt ein, dass es sicherlich Kritikpunkte bei der Tierhaltung in Zoos gebe, doch sie machen die Tierwelt erlebbar und tragen auch zur Arterhaltung von Tieren bei, die in der freien Wildbahn gefährdet seien.

Frau Stadträtin Apel fragt nach dem Zeitplan für die Entwicklung des Zukunftskonzeptes für den Zoo.

Herr Ukena informiert, mit dem Neubau des Affenhauses sei der alte Masterplan abgearbeitet. Seit Sommer 2021 beschäftige man sich deshalb mit der Weiterentwicklung des Zoos. Zunächst würden Besucher befragt. Auch würden Zooarchitekten, Zooplaner und Freianlagenplaner eingebunden sowie natürlich die eigenen Mitarbeiter/-innen, die die Gehege bewerten. Herr Ukena geht davon aus, dass sich der Zoo perspektivisch mangels Platz von Arten trennen werden müsse. Dieser Prozess bedürfe zwei bis drei Jahre.

Diese Fortentwicklung des Zoos benötige außerdem Geld. Herr Ukena schätzt ein, dass etwa in 2023/2024 im Aufsichtsrat und Stadtrat die Entscheidung über eines der Szenarien (Status quo, Weiterentwicklung moderat oder umfassende Weiterentwicklung) getroffen werde. In dem Rahmen sei zu klären, in welcher Größenordnung man den Zoo unterstützen könne und wolle. In der Vergangenheit seien die Bauprojekte des Zoos durch den Stadtrat unterstützt worden. Der Zoo habe bisher jährlich eine Million Euro investive Mittel erhalten.

Frau Stadträtin Bischoffberger fragt, ob die Möglichkeit bestünde, die Petentin in die Konzept-erarbeitung einzubeziehen.

Herr Ukena verweist auf 160 Jahre Zooerfahrung in Dresden. Für eine Zukunftsplanung würde in Absprache mit dem Zoo fachkundige Hilfe gesucht. Er sieht es nicht als zielführend an, Zoobesucher, unabhängig, ob tägliche oder jährliche Besuche, einzubeziehen. Dafür sollte ein anderes Forum gefunden werden.

Frau Aurin findet das schade. Sie arbeite mit Planern zusammen, die z. B. den Zoo in Basel und Zürich geplant haben. Diese Experten arbeiten auch im selben Büro, die den Zoo derzeit planen. Das Büro Rehwaldt plane seit Jahrzehnten Außenanlagen. Die Petentin und ihre Unterstützer stehen mit denselben Experten wie der Zoo in Kontakt. Des Weiteren bestehen Kontakte zu Professoren der HTW Dresden, die sich mit Augmented & Virtual Reality befassen. Insofern mangle es nicht an der Fachexpertise, und Frau Aurin würde sich über eine Beteiligung freuen.

Herr Stadtrat Kaden erachtet die Mitarbeit der Petenten an dem Zukunftskonzept des Zoos nicht für sinnvoll. Der Geschäftsführer sei der Gesellschafterin, also der Landeshauptstadt Dresden, verpflichtet. Diese und der Stadtrat hätten über die Zukunft des Zoos zu entscheiden. Ein breites Spektrum an Interessensgruppen zu beteiligen, sprengte den Rahmen des Möglichen und sei ein untauglicher Vorschlag. Er erinnert an die eigentliche Zooarbeit, die der Geschäftsführer des Zoos zu leisten habe.

Frau Stadträtin Bischoffberger versteht den Einwand, dass die Beteiligung nur einer Interessensgruppe nicht repräsentativ sei. Sie fragt, welche Beteiligungsformate bei der Entwicklung des Zukunftskonzeptes angewandt würden.

Der Zoo sei ein sehr feines und sehr kleines Unternehmen, so **Herr Ukena**. Der erste Ansprechpartner für das Zukunftskonzept sei der Aufsichtsrat. Ferner gehöre die eigene Mitarbeiterschaft zum Team für die Erarbeitung, da sie den Zoo bestens kenne. Hinzu kämen Architekten und Fachplaner. Die Zukunftsplanung müsse im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten stattfinden. In dem Kontext der Planungen müsse auch ein Format gefunden werden, die Gäste nach ihren Wünschen zu befragen. Zum jetzigen Zeitpunkt könne er nicht sagen, wann wer wie an dem Prozess beteiligt werde. Final sei dem Stadtrat ein Konzept mit mehreren Szenarien zur Ent-

scheidung vorzulegen, welches auch von den Gästen legitimiert sei. Schlussendlich würde der Zoo für die Bürger der Stadt betrieben.

Frau Stadträtin Graul richtet an Frau Aurin die Frage, wie sie sich eine Zusammenarbeit vorstelle, wenn sie das Konzept Zoo von vornherein ablehnend betrachte.

Das Konzept werde nicht abgelehnt, erklärt **Frau Aurin**. Es werde ein zweigleisiges Konzept präferiert. Sie äußert ihre Bereitschaft, Herrn Ukena mögliche Konzepte vorzustellen. Die Tierhaltung werde unterstützt, damit der Besucher Tiere hautnah erleben könne. Gleichzeitig sollten Tierarten, die nicht gehalten werden könnten, digital abgebildet werden. Es wäre keine große Veränderung und würde auch keine Tierart weggenommen, sondern in einem anderen Medium dargestellt.

Frau Stadträtin Mühle möchte wissen, für wen der Zoo primär gemacht würde – Bürger oder Touristen.

Herr Ukena erklärt, dass ein gut geführter Zoo mindestens so viele Besucher wie die Stadt Einwohner habe. Rund 80 Prozent der Gäste kämen aus Dresden und aus dem 50 km-Umkreis, also Dresden und Region. Durch die Weiterentwicklung des Zoos in den letzten Jahren sei er touristisch relevanter geworden. Dennoch sei er nicht touristisch geprägt. Primär sei er ein Zoo für die Dresdner Bürger und die Bürger der Region.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch schließt die Anhörung und dankt den Gästen.

Frau Stadträtin Apel entnimmt der Diskussion, dass es unterschiedliche Auffassungen gebe, wie in Zukunft ein Zoo geführt werde. Diese Diskussion zur Haltung von Tieren werde auch in Zukunft fortgesetzt werden. Andere Zoos hätten die digitale Technik bereits im Einsatz und machen die Tiere in ihrem Lebensraum erlebbar, anders als es die Haltung im Zoo könne. Gleichwohl sei diese Technik mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden, der zu bedenken sei. Um die Haltung von Tieren sorgen sich verschiedene Menschen und Organisationen. Deren Bedenken sollten nicht ungehört bleiben und in die Überlegungen zur Weiterentwicklung des Zoos einfließen.

Zu den vorliegenden Petitionen stellt sie fest, dass beiden Petitionen nicht abzuhelfen sei, weil die Forderungen derzeit nicht zu erfüllen seien.

Herr Stadtrat Gilke stellt fest, dass die lebenden Tiere der Anlass eines Zoobesuchs seien. Dieses Empfinden und auch die Gerüche könnten digital nicht transportiert werden. Daher spricht er für das Erlebnis Zoo, wie es seit vielen Jahrzehnten gelebt werde.

Herr Stadtrat Kaden teilt die Auffassung, dass den Petitionen nicht abgeholfen werden könne. Er sehe bei beiden Petitionen keinen einzigen Punkt, dem man jetzt zustimmen könne. Er empfiehlt, die Stellungnahmen der Verwaltung beizufügen.

Gleichwohl werde über das Zukunftskonzept zu reden sein. Dabei könne jede Interessensgruppe ihre Vorstellungen vortragen. Herr Ukena habe dargelegt, dass der Status quo nicht festgeschrieben sei. Er spricht dafür, mit Bedacht vorzugehen. Als Gesellschafter und über den Aufsichtsrat böten sich Möglichkeiten, miteinander in Diskussion zu treten.

Herr Stadtrat Schlick unterstützt Frau Stadträtin Apel. Er beantragt, folgenden Auftrag zu beschließen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Zoo geeignete Beteiligungsformate für die Entwicklung des Zukunftskonzeptes für den Zoo zu finden, bei denen sich die Petentinnen/Petenten, Tierschutzorganisationen sowie Besucher/-innen des Zoos beteiligen können.“

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch hinterfragt das Ansinnen. Der Zoo habe selbst nur ein kleines Team, dessen Leistungsfähigkeit begrenzt sei. Wenn der Verwaltung der Auftrag erteilt würde, bedeute das, dass sich die Stadt als Gesellschafterin des Zoos in Person ihrer Verwaltung beispielsweise dem Bürgermeisteramt mit der Abteilung Bürgerbeteiligung dieses Themas annehme. Sie fragt, ob das gemeint sei. Der Stadtrat habe eine Bürgerbeteiligungssatzung beschlossen. Das sei ein Thema, was breiter bearbeitet werden sollte, als es die Zoo GmbH allein leisten könne.

Herr Stadtrat Schlick beantragt eine einminütige Auszeit nach Abarbeitung der Rednerliste.

Herr Stadtrat Malorny hält das für falsch. Der Zoo habe eine Aufgabe, die der Stadtrat beschlossen habe. Dieser habe außerdem einen Aufsichtsrat. Im Zuge der Bürgerbeteiligung solle das nun geändert werden. Es wäre sinnvoller, wenn diejenigen, die ein Interesse haben, dem Zoo eine andere Aufgabe zu geben, einen konkreten Vorschlag unterbreiten, über den dann zu entscheiden sei. Er wolle nicht, dass der regelmäßige Zoobesucher von dem Ansinnen keine Kenntnis habe und schlussendlich vor vollendete Tatsachen gestellt werde, weil er von der Bürgerbeteiligung auf www.dresden.de keine Kenntnis gehabt habe. Er geht davon aus, dass bei der Bürgerbeteiligung oft nur bestimmte Interessengruppen beteiligt seien und sie mit einem Ergebnis ende, welches die Mehrheit der Stadtgesellschaft nicht wolle.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch erklärt, dass ihre Frage keinen inhaltlichen Hintergrund habe, sondern Bürgerbeteiligung sehr personal- und kostenintensiv sei. Der Stadtrat könne einer städtischen Beteiligung keine Aufträge erteilen, sondern das bedürfe eines Gesellschafterbeschlusses.

Frau Stadträtin Graul spricht für den Vorschlag von Herrn Stadtrat Kaden. Der Zoo sei ein Unternehmen, welches per se die Entwicklungen aus eigenem Interesse verfolge. Sie gibt zu bedenken, dass aufgrund Corona einige Dinge aus finanziellen Gründen nicht so fortgeführt werden konnten, wie es geplant gewesen sei. Fakt sei, dass den beiden Petitionen jetzt nicht abgeholfen werden könne.

Frau Stadträtin Bischoffberger freut sich über die Petition, mit der diese Diskussion angesprochen werde. Dennoch stellt sie fest, dass den Petitionen nicht abgeholfen werden könne, da die Forderungen nicht sofort umgesetzt werden könnten.

Frau Stadträtin Mühle meldet sich zur Bürgerbeteiligung zu Wort. Gerade weil der Zoo nur begrenzte personelle Möglichkeiten habe und sich primär um die gute Haltung seiner Tiere kümmere, sollte der Auftrag an das Bürgermeisteramt gegeben werden, ein geeignetes Bürgerbeteiligungsformat für die Weiterentwicklung des Zoos vorzuschlagen. Die Interessengruppen seien vielfältig und reichten von Tierschutz über Schulen und Bürger bis hin zum Tourismus.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Antrag auf Auszeit zur Abstimmung. Dieser wird mit 8/8/0 abgelehnt.

Damit leitet sie das Abstimmungsverfahren ein und stellt Einvernehmen fest, über beide Petitionen gemeinsam abzustimmen.

Herr Stadtrat Schollbach beantragt punktweise Abstimmung der Anträge.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt die Anträge, die in der Diskussion vorgebracht wurden, punktweise zur Abstimmung.

1. Der Petition nicht abgeholfen werden.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 16 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

2. Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung nimmt die geplante Entwicklung eines Zukunftskonzeptes für den Dresdner Zoo zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Ablehnung 4 Ja / 9 Nein / 3 Enthaltungen

3. Dem Beschluss zur Petition soll die Begründung aus der Stellungnahme der Verwaltung beigelegt werden.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 15 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Beteiligungsformat für das Zukunftskonzept des Dresdner Zoos zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: Ablehnung 8 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden. Die Arbeit der Zoo Dresden GmbH wurde in den letzten Jahren durch eine Vielzahl von Stadtratsbeschlüssen bestätigt und untermauert. Auch nach umfangreichen Diskussionen, wie zum Beispiel im Frühjahr 2021 zur Frage, ob der Dresdner Zoo Menschenaffen halten soll, stimmte die Mehrheit des Dresdner Stadtrates für die Fortführung der Menschenaffenhaltung im Dresdner Zoo und die dafür notwendige Unterstützung der Gesellschaft durch die Landeshauptstadt Dresden (Beschluss vom 12. Mai 2021 zu V0837/21 „Neubau der Orang-Utan-Anlage durch die Zoo Dresden GmbH“).

1.2 E-Petition „Zoo der Zukunft: Nachhaltig & Digital“

**P0076/21
beschließend**

Erörterung – siehe Tagesordnungspunkt 1.1

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden. Die Arbeit der Zoo Dresden GmbH wurde in den letzten Jahren durch eine Vielzahl von Stadtratsbeschlüssen bestätigt und untermauert. Auch nach umfangreichen Diskussionen, wie zum Beispiel im Frühjahr 2021 zur Frage, ob der Dresdner Zoo Menschenaffen halten soll, stimmte die Mehrheit des Dresdner Stadtrates für die Fortführung der Menschenaffenhaltung im Dresdner Zoo und die dafür notwendige Unterstützung der Gesellschaft durch die Landeshauptstadt Dresden (Beschluss vom 12. Mai 2021 zu V0837/21 „Neubau der Orang-Utan-Anlage durch die Zoo Dresden GmbH“).

1.3 E-Petition „Ein sozialer Ort für Alle, statt Parkplatzwüsten auf der Friedensstraße“ P0083/21 beschließend

Zu dieser Petition ist dem Beschluss des Gremiums entsprechend der Petent, Herr Rudelt, zur Vorstellung seiner Petition geladen.

Herr Rudelt sei Vertreter der Anwohnerinitiative „Rudolf rollt“, die die Bereiche Scheunenhofviertel und Leipziger Vorstadt umfasse. Konkret setze sich die Initiative für einen Skate- und Bikepark ein.

Er bringt die Petition ein.

Herr Stadtrat Gilke stellt fest, dass in dem angesprochenen Stadtgebiet vornehmlich Mehrfamilienhäuser zu finden seien, deren Grundstücke keinen Raum für Stellplätze der Anwohner böten. Er gibt zu bedenken, dass viele Anwohner auf das Auto angewiesen seien, um ihrem Job nachzugehen. Insofern seien Stellplätze für Kraftfahrzeuge aus seiner Sicht dort erforderlich.

Herr Rudelt sei Anwohner und als Selbstständiger auch mit einem Transporter unterwegs. Er stellt klar, es gehe um eine Brache, auf der ein Privatparkplatz geschaffen werden solle. Es sollen also neue Parkplätze entstehen.

Herr Stadtrat Aschenbach schließt sich dem an. Er fragt, ob die Petenten zum Ausgleich zwischen friedhöflicher Grabesruhe und eine Skateanlage Vorschläge hätten.

Herr Rudelt verweist auf einen Text, der auf der Webseite der Initiative zu finden sei. Der besagte Friedhof sei von Häusern umgeben. Daneben liege ein Industriegelände der Deutschen Bahn mit einer Industriehalle, wo rund um die Uhr lärmintensive Arbeiten wie Flexen und Schweißen ausgeführt würden. Auch die Güterzuglinie führe am Friedhof entlang, die auch keine Ruhezeiten kenne. Bisher habe es außerdem Ausnahmen für den Neubau von Häusern gegeben, wobei der Abstand zum Friedhof reduziert worden sei.

Im Umgang mit Pietät gebe es im Übrigen auch andere Konzepte, wie seit vielen Jahren Projekte, wo Spielplätze auf Friedhöfen installiert werden, damit der Ort nicht nur ein Ort von Trauer sei. Auch seien Wald-Kitas auf Friedhöfen ansässig. Die Initiative sei nicht die Experte für dieses Thema, allerdings seien die Unterstützer der Auffassung, dass ein Diskurs möglich sein sollte (z. B. durch bauliche Trennung, Lärmschutz, Begrünung). Bereits die jetzigen Gegebenheiten

entsprechen nicht dem klassischen ruhigen Friedhof. Die neu errichtete Grundschule mit Hort sei auch permanent zu hören. Die Argumentation der Totenruhe sei daher nicht erklärbar.

Herr Stadtrat Kaden nimmt auf die Einbringung der Petition Bezug, in der von einer breiten demokratischen Legitimation die Rede gewesen sei, woraus sich auch die Forderung nach der Umsetzung ergebe. Er fragt, woraus sich diese breite demokratische Legitimation ergebe.

Herr Rudelt verweist auf die hohe Zahl von 4636 Unterstützern der Petition. Auch stehe die Organisation der Anwohner/-innen in dem Viertel hinter dem Projekt, auch wenn nicht alle Anwohner/-innen dort Mitglied seien. Von den Leuten, die Sozial- und Jugendarbeit in der Dresdner Neustadt machen, gebe es Unterstützung, welche als Legitimation gesehen werde. Die Idee sei also von einem breiten Bündnis getragen.

Frau Stadträtin Bischoffberger trägt das Statement des Einreichers der Petition in allen Punkten mit, einen Ort für Viele zu schaffen. Dazu befinde sich bereits ein Antrag im Geschäftsgang.

Das Thema der Totenruhe sei ein „schweres“ Thema. Die Verwaltungsstellungnahme verbinde die Skatebahn mit Gewalt und Kriminalität. Sie geht davon aus, dass hier ein Missverständnis vorliege, und regt an, dass sich die Initiative direkt mit Frau Bürgermeisterin Jähnigen in Verbindung setze, um Möglichkeiten auszuloten.

Sie fragt Herrn Rudelt nach seiner Position, falls eine Skatebahn nicht genehmigungsfähig wäre, aber ein Ort für ein Miteinander geschaffen werden könnte.

Herr Rudelt antwortet, dass die erste Priorität der Petition die Schaffung eines sozialen Ortes sei. Ein Privatparkplatz solle dort nicht entstehen. Die Skateplätze am Elbepark und der Leipziger Straße würden von den Skatern nicht angenommen. Diese haben vermutlich Leute geplant, die noch nicht Skateboard gefahren seien.

Herr Stadtrat Gilke fragt, ob mit der Schaffung des Privatparkplatzes der Parkdruck in der Dresdner Neustadt reduziert würde.

Herr Rudelt sei dafür kein Experte und könne zum Bedarf keine Aussage treffen. Allerdings würde durch weitere Parkplätze ein Anreiz zum Kauf von Fahrzeugen geschaffen. Er verweist auf das Mobilitätskonzept der Landeshauptstadt Dresden, welches Aspekten, wie dem Klimawandel, Rechnung trage. Es würden grüne Zonen gebraucht, die die Erwärmung mindern.

Herr Stadtrat Gilke bittet um die Beantwortung seiner Frage durch den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften zum Parkplatzbedarf in der Leipziger Vorstadt und Scheunenhofviertel.

Herr Stadtrat Malorny stellt folgende Fragen:

1. Gäbe es aus Sicht der Petenten in dem Quartier noch einen anderen Platz für eine Skate-/Sport- und Freizeitanlage?
2. Was sei die eigentliche Intention der Petition: Schaffung eines Ortes für Freizeit-/Skateparks oder die Verhinderung von Parkplätzen?

Herr Rudelt betont, es gehe primär um die Schaffung eines öffentlichen Platzes mit Aufenthaltsqualität. Im Quartier gebe es keine Flächen mehr für diesen Zweck. Die letzte große Freifläche sei der Alte Leipziger Bahnhof, der im Eigentum von Globus sei.

Die Petition stehe für die Schaffung mehr sozialer Orte. Wegen der Knappheit an Freiflächen sei die Petition per se gegen den Privatparkplatz, den die SachsenEnergie plane.

Die vorhandenen Skateplätze seien sehr gut angenommen. Es käme daher zu Interessenkonflikten zwischen den verschiedenen Nutzern. Mountainbiker nutzten bereits die Dresdner Heide. Wegen der wenigen vorhandenen Plätze würde die Schaffung weiterer Orte zur Entspannung der Situation beitragen.

Herr Stadtrat Breuer hat zu den Ausführungen des Petenten zwei Nachfragen:

- In dem Quartier gebe es zwei Skateparks, die nicht nutzbar wären. Warum konzentrieren sich die Petenten nicht darauf, dass diese nutzbar gemacht würden?
- Es sollen Grünflächen geschaffen werden, um das Stadtklima zu verbessern. Skaterparks wie der auf der Lingnerallee und in Pillnitz an der Schleife seien nicht unbedingt grün. Ein Parkplatz habe also nicht zwingend weniger Grün als eine Skateanlage.

Er regt an, die SachsenEnergie zu befragen, auf welcher Grundlage die Entscheidung zur Errichtung eines Parkplatzes getroffen worden sei und ob im Vorfeld auch andere Nutzungen geprüft worden wären.

Herr Rudelt antwortet, dass die beiden Skateplätze am Elbepark und an der Leipziger Straße recht weit entfernt gelegen seien. Der Platz an der Leipziger Straße sei sehr klein und der Platz am Elbepark sei wegen der Entfernung nicht im Fokus der Initiative.

Der Skatepark würde nur einen kleinen Teil des 4.000 qm großen Areals an der Friedensstraße einnehmen. Eine Kombination mit einer Pumptrack-Fläche würde auch für Grün sorgen.

Frau Stadträtin Bischoffberger setzt die Anwesenden in Kenntnis, dass der Stadtbezirksbeirat Neustadt den Antrag A0217/21 zum Erhalt der Grünfläche mit 10 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen befürwortet habe. Sie fragt, ob Herr Rudelt an der Sitzung teilgenommen habe. Das verneint **Herr Rudelt**.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt fest, dass keine weiteren Fragen an den Petenten vorliegen. Damit könne der Ausschuss in die Diskussion eintreten. Sie weist darauf hin, dass zur gleichen Thematik eine weitere Petition vorliege, die unter Tagesordnungspunkt 4 auf der Tagesordnung stehe.

Sie stellt Einvernehmen fest, dass beide Petitionen (Tagesordnungspunkte 3 und 4) gemeinsam behandelt werden.

Herr Stadtrat Drews konstatiert, dass über die beiden Petitionen heute noch nicht entschieden werden könne, weil sich der Antrag A0217/21 zur Nutzung des Areals derzeit im Geschäftsgang des Stadtrates befinde.

Beide Petitionen hätten ihre Berechtigung. Er lebe in dem Viertel. Es gebe dort größere Probleme, als Stellplätze für Autos zu schaffen. Er spricht sich für eine Parkraumbewirtschaftung aus. Es würden Stellplätze durch Fahrzeuge belegt, die platte Reifen haben bzw. verdreckt und seit Monaten nicht bewegt worden seien. Mit einer Parkraumbewirtschaftung würden mehr Stellplätze freigegeben, als auf dem Areal der SachsenEnergie geplant seien. Dies solle die Verwaltung prüfen.

Er sehe ebenfalls die Notwendigkeit, das Areal anders zu nutzen als die geplanten Stellplätze. Er äußert Bedenken hinsichtlich der Errichtung eines Skateparks wegen des angrenzenden Friedhofes. Hinter der Friedhofsmauer, an der der Skatepark vorgeschlagen werde, liegen Kindergräber. Mit diesem Ort müsse sehr pietätvoll und umsichtig umgegangen werden. Das betreffe auch den vorgesehenen Parkplatz. Insofern hält er eine Grünfläche für die sinnvollste Lösung. Hier sei die Entscheidung des Stadtrates abzuwarten.

Deswegen stellt er den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt Folgendes zur Abstimmung:

1. Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Petitionen P0083/21 und P0088/21 bis zum Stadtratsbeschluss über den Antrag A0217/21, Schaffung einer öffentlichen Naturschutz-, Grün- und Sportfläche statt eines Parkplatzes auf dem „DREWAG-Gelände,, (Marta-Fraenkel-Straße).
2. Die Verwaltung wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:
 - a. Wie groß ist der Bedarf an Kfz-Stellplätzen in dem Quartier?
 - b. Würde mit der Schaffung des Privatparkplatzes auf dem Grundstück der SachsenEnergie AG der Parkdruck in dem Quartier reduziert?
 - c. Sei die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in dem Quartier möglich bzw. geplant?

Zuständig: Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Termin: 5. November 2021

3. Die SachsenEnergie AG wird um Auskunft gebeten:
 - a. Auf welcher Grundlage ist die Entscheidung zur Errichtung eines Parkplatzes auf ihrem Grundstück getroffen worden?
 - b. Seien im Vorfeld auch andere Nutzungen geprüft worden und wenn ja, welche? Was habe letztlich den Ausschlag für die Präferenz eines Parkplatzes gegeben?

Zuständig: Geschäftsbereich Finanzen, Personal und Recht

Termin: 5. November 2021

Abstimmungsergebnis: Vertagung auf Geschäftsordnungsantrag
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

1.4 E-Petition „Schaffung eines FREE OPEN AIR GYM und eines STADTTEILGARTEN auf dem Gelände zwischen der 146. Grundschule und dem Inneren Neustädter Friedhof“ P0088/21 beschließend

Erörterung - siehe Tagesordnungspunkt 1.3

1. Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Petitionen P0083/21 und P0088/21 bis zum Stadtratsbeschluss über den Antrag A0217/21, Schaffung einer öffentlichen Naturschutz-, Grün- und Sportfläche statt eines Parkplatzes auf dem „DREWAG-Gelände,, (Marta-Fraenkel-Straße).
2. Die Verwaltung wird Beantwortung folgender Fragen gebeten:
 - a. Wie groß ist der Bedarf an Kfz-Stellplätzen in dem Quartier?
 - b. Würde mit der Schaffung des Privatparkplatzes auf dem Grundstück der SachsenEnergie AG der Parkdruck in dem Quartier reduziert?
 - c. Sei die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in dem Quartier möglich bzw. geplant?

Zuständig: Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften
Termin: 5. November 2021

3. Die SachsenEnergie AG wird um Auskunft gebeten:
 - a. Auf welcher Grundlage ist die Entscheidung zur Errichtung eines Parkplatzes auf ihrem Grundstück getroffen worden?
 - b. Seien im Vorfeld auch andere Nutzungen geprüft worden und wenn ja, welche? Was habe letztlich den Ausschlag für die Präferenz eines Parkplatzes gegeben?

Zuständig: Geschäftsbereich Finanzen, Personal und Recht
Termin: 5. November 2021

Abstimmungsergebnis: Vertagung auf Geschäftsordnungsantrag
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

1.5 Straßenmusik auf der Prager Straße P0149/19 beschließend

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch macht darauf aufmerksam, dass zu dem Thema mehrere Petitionen vorliegen (Tagesordnungspunkte 1.5 bis 1.9). Sie schlägt vor, diese zusammen zu behandeln. Die Abstimmung müsse jedoch einzeln erfolgen. Dazu stellt sie Einvernehmen fest.

Frau Stadträtin Bischoffberger dankt der Verwaltung für die kürzlich durchgeführte Expertenanhörung.

Sie unterbreitet auf Grundlage der Erkenntnisse aus der Anhörung folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Petition kann teilweise abgeholfen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Straßenmusik und der Straßenkunst die Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst zu überarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Überarbeitung soll auf der Grundlage der Erkenntnisse der Expertenanhörung zu Grenzen und Möglichkeiten der Überprüfung verbindlicher Lautstärkeregelungen bei der Ausübung von Straßenkunst am 13.07.2021 erfolgen.

Insbesondere ist zu prüfen, inwiefern

- a) die Einführung einer Lautstärke-Begrenzung von 60 Dezibel auf Grundlage des Bundesemissionsschutzgesetzes und da insbesondere auf die technische Anleitung gegen Lärm (TA Lärm) und/oder auf Grundlage des Versammlungsrechtes möglich ist,
- b) die Durchsetzung der Lautstärke-Regelung durch das Ordnungsamt sichergestellt werden kann. Insbesondere ist eine Hotline, ein mobiles Team zur sofortigen Überprüfung von eingegangenen Beschwerden sowie ein Auftrittsverbot bei wiederholten Verstößen zu prüfen. Im Vollzug soll ein Merkblatt mit den Regeln zur Straßenmusik unterstützen.
- c) eine Erhöhung der Zeitfenster für Straßenkünstlerinnen und -künstler auf 1 Stunde mit anschließender Stunde Pause für Straßenmusiker*innen attraktiver wird und die Durchsetzung der Satzung dadurch erfolgversprechender, als die bisherige Regelung im Halbstunden-Takt wird.“

Herr Stadtrat Gilke findet den Beschlussvorschlag recht gut. Er fragt, wer neben der Straßenkünstlerschaft beteiligt werden solle. Er rät dazu, auch die Petenten/Anwohner zu beteiligen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch sieht es als Aufgabe der Verwaltung an, auch die Anwohnerinteressen hinsichtlich des Lärmschutzes durchzusetzen. Wenn die novellierte Satzung zur Straßenkunst dem Stadtrat vorliege, sei sie öffentlich und die Anwohner hätten die Möglichkeit, sich gegenüber den Fraktionen zu artikulieren.

Herr Stadtrat Malorny unterstützt den Antrag. Seines Wissens gebe es bereits ein solches Merkblatt des Straßen- und Tiefbauamtes in mehreren Sprachen. Die Begrenzung auf 60 Dezibel sei ein Kompromiss. Zu klären sei die technische Ausstattung der Verwaltung, um den Geräuschpegel zu messen. Er spricht für die Abstimmung des Antrages von Frau Stadträtin Bischoffberger, jedoch die Petitionen solange zu vertagen, bis die Verwaltung den Auftrag umgesetzt habe.

Herr Stadtrat Kaden teilt das Lob an die Verwaltung, dass die Expertenanhörung stattgefunden habe. Kritik übt er jedoch an der viel zu späten Durchführung.

Den Beschlussvorschlag unterstützt er. Die Verwaltung erhalte damit einen konkreten Auftrag. Die Expertenanhörung habe deutlich gemacht, was in anderen Städten möglich sei. Darauf könne aufgebaut werden. Er reflektiert einige Punkte, die in anderen Städten gut funktionierten, obwohl die Dresdner Verwaltung im Vorfeld immer wieder auf eine Nicht-Umsetzbarkeit verwiesen habe, wie das Messen der Lautstärke. Bei wiederholtem Verstoß solle konsequenterweise auch eine Versagung der Erlaubnis möglich sein.

Er spricht dafür, die Petitionsverfahren zu der Thematik heute abzuschließen. Der Vorschlag biete eine sehr gute Grundlage.

Herr Stadtrat Malorny zieht seinen Antrag auf Vertagung zurück.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt keinen weiteren Redebedarf fest. Sie stellt den Beschlussvorschlag von Frau Stadträtin Bischoffberger zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition kann teilweise abgeholfen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Straßenmusik und der Straßenkunst die Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst zu überarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Überarbeitung soll auf der Grundlage der Erkenntnisse der Expertenanhörung zu Grenzen und Möglichkeiten der Überprüfung verbindlicher Lautstärkeregelungen bei der Ausübung von Straßenkunst am 13. 07.2021 erfolgen.

Insbesondere ist zu prüfen, inwiefern

a) die Einführung einer Lautstärke-Begrenzung von 60 Dezibel auf Grundlage des Bundesemissionsschutzgesetzes und da insbesondere auf die technische Anleitung gegen Lärm (TA Lärm) und/oder auf Grundlage des Versammlungsrechtes möglich ist,

b) die Durchsetzung der Lautstärke-Regelung durch das Ordnungsamt sichergestellt werden kann. Insbesondere ist eine Hotline, ein mobiles Team zur sofortigen Überprüfung von eingegangenen Beschwerden sowie ein Auftrittsverbot bei wiederholten Verstößen zu prüfen. Im Vollzug soll ein Merkblatt mit den Regeln zur Straßenmusik unterstützen.

c) eine Erhöhung der Zeitfenster für Straßenkünstlerinnen und -künstler auf 1 h mit anschließender Stunde Pause für Straßenmusiker*innen attraktiver wird und die Durchsetzung der Satzung dadurch erfolgsversprechender, als die bisherige Regelung im Halbstunden-Takt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung - Petition teilweise abgeholfen
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

1.6 Lärmbelästigung durch Straßenmusik im Zentrum von Dresden**P0011/20
beschließend**

Erörterung – siehe Tagesordnungspunkt 1.5

Beschluss:

Der Petition kann teilweise abgeholfen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Straßenmusik und der Straßenkunst die Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst zu überarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Überarbeitung soll auf der Grundlage der Erkenntnisse der Expertenanhörung zu Grenzen und Möglichkeiten der Überprüfung verbindlicher Lautstärkeregelungen bei der Ausübung von Straßenkunst am 13.07.2021 erfolgen.

Insbesondere ist zu prüfen, inwiefern

a) die Einführung einer Lautstärke-Begrenzung von 60 Dezibel auf Grundlage des Bundesemissionsschutzgesetzes und da insbesondere auf die technische Anleitung gegen Lärm (TA Lärm) und/oder auf Grundlage des Versammlungsrechtes möglich ist,

b) die Durchsetzung der Lautstärke-Regelung durch das Ordnungsamt sichergestellt werden kann. Insbesondere ist eine Hotline, ein mobiles Team zur sofortigen Überprüfung von eingegangenen Beschwerden sowie ein Auftrittsverbot bei wiederholten Verstößen zu prüfen. Im Vollzug soll ein Merkblatt mit den Regeln zur Straßenmusik unterstützen.

c) eine Erhöhung der Zeitfenster für Straßenkünstlerinnen und -künstler auf 1 h mit anschließender Stunde Pause für Straßenmusiker*innen attraktiver wird und die Durchsetzung der Satzung dadurch erfolgversprechender, als die bisherige Regelung im Halbstunden-Takt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung - Petition teilweise abgeholfen
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

1.7 Verstärkerverbot für Straßenmusik ab 20 Uhr**P0016/20
beschließend**

Erörterung – siehe Tagesordnungspunkt 1.5

Beschluss:

Der Petition kann teilweise abgeholfen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Straßenmusik und der Straßenkunst die Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst zu überarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Überarbeitung soll auf der Grundlage der Erkenntnisse der Expertenanhörung zu Grenzen und Möglichkeiten der Überprüfung verbindlicher Lautstärkeregelungen bei der Ausübung von Straßenkunst am 13.07.2021 erfolgen.

Insbesondere ist zu prüfen, inwiefern

- a) die Einführung einer Lautstärke-Begrenzung von 60 Dezibel auf Grundlage des Bundesemissionsschutzgesetzes und da insbesondere auf die technische Anleitung gegen Lärm (TA Lärm) und/oder auf Grundlage des Versammlungsrechtes möglich ist,
- b) die Durchsetzung der Lautstärke-Regelung durch das Ordnungsamt sichergestellt werden kann. Insbesondere ist eine Hotline, ein mobiles Team zur sofortigen Überprüfung von eingegangenen Beschwerden sowie ein Auftrittsverbot bei wiederholten Verstößen zu prüfen. Im Vollzug soll ein Merkblatt mit den Regeln zur Straßenmusik unterstützen.
- c) eine Erhöhung der Zeitfenster für Straßenkünstlerinnen und -künstler auf 1 h mit anschließender Stunde Pause für Straßenmusiker*innen attraktiver wird und die Durchsetzung der Satzung dadurch erfolgversprechender, als die bisherige Regelung im Halbstunden-Takt wird.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition teilweise abgeholfen
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

1.8 E-Petition Generelles Verstärkerverbot für Straßenmusik in der Innenstadt

**P0025/20
beschließend**

Erörterung – siehe Tagesordnungspunkt 1.5

Beschluss:

Der Petition kann teilweise abgeholfen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Straßenmusik und der Straßenkunst die Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst zu überarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Überarbeitung soll auf der Grundlage der Erkenntnisse der Expertenanhörung zu Grenzen und Möglichkeiten der Überprüfung verbindlicher Lautstärkeregelungen bei der Ausübung von Straßenkunst am 13.07.2021 erfolgen.

Insbesondere ist zu prüfen, inwiefern

- a) die Einführung einer Lautstärke-Begrenzung von 60 Dezibel auf Grundlage des Bundesemissionsschutzgesetzes und da insbesondere auf die technische Anleitung gegen Lärm (TA Lärm) und/oder auf Grundlage des Versammlungsrechtes möglich ist,

b) die Durchsetzung der Lautstärke-Regelung durch das Ordnungsamt sichergestellt werden kann. Insbesondere ist eine Hotline, ein mobiles Team zur sofortigen Überprüfung von eingegangenen Beschwerden sowie ein Auftrittsverbot bei wiederholten Verstößen zu prüfen. Im Vollzug soll ein Merkblatt mit den Regeln zur Straßenmusik unterstützen.

c) eine Erhöhung der Zeitfenster für Straßenkünstlerinnen und -künstler auf 1 h mit anschließender Stunde Pause für Straßenmusiker*innen attraktiver wird und die Durchsetzung der Satzung dadurch erfolgversprechender, als die bisherige Regelung im Halbstunden-Takt wird.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition teilweise abgeholfen
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

1.9 Petition „Belästigung durch Straßenmusik“

**P0062/21
beschließend**

Erörterung – siehe Tagesordnungspunkt 1.5

Beschluss:

Der Petition kann teilweise abgeholfen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Straßenmusik und der Straßenkunst die Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst zu überarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Überarbeitung soll auf der Grundlage der Erkenntnisse der Expertenanhörung zu Grenzen und Möglichkeiten der Überprüfung verbindlicher Lautstärkeregelungen bei der Ausübung von Straßenkunst am 13.07.2021 erfolgen.

Insbesondere ist zu prüfen, inwiefern

a) die Einführung einer Lautstärke-Begrenzung von 60 Dezibel auf Grundlage des Bundesemissionsschutzgesetzes und da insbesondere auf die technische Anleitung gegen Lärm (TA Lärm) und/oder auf Grundlage des Versammlungsrechtes möglich ist,

b) die Durchsetzung der Lautstärke-Regelung durch das Ordnungsamt sichergestellt werden kann. Insbesondere ist eine Hotline, ein mobiles Team zur sofortigen Überprüfung von eingegangenen Beschwerden sowie ein Auftrittsverbot bei wiederholten Verstößen zu prüfen. Im Vollzug soll ein Merkblatt mit den Regeln zur Straßenmusik unterstützen.

c) eine Erhöhung der Zeitfenster für Straßenkünstlerinnen und -künstler auf 1 h mit anschließender Stunde Pause für Straßenmusiker*innen attraktiver wird und die Durchsetzung der Satzung dadurch erfolgversprechender, als die bisherige Regelung im Halbstunden-Takt wird.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition teilweise abgeholfen
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

**1.10 Petition "Gegen Verpollerung des Parkplatzes am Schillergarten" P0057/21
beschließend**

Herr Stadtrat Kaden konstatiert, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne. Dem Petenten sollen die Sachlage und die Beschlussausfertigungen A0181/21 sowie A0269/16 übermittelt werden.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition kann aufgrund des Stadtratsbeschlusses A0181/21, Parkplatz neben dem „Blauen Wunder“, nicht abgeholfen werden.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition nicht abgeholfen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

**1.11 E-Petition „Nürnberger Straße sicher und bedarfsgerecht für Fuß- und Radverkehr gestalten" P0085/21
beschließend**

Die Petition wurde zu Sitzungsbeginn vertagt.

**1.12 Petition „Fahrradstraße Straßburger Platz bis Schulcampus Tol- kewitz" P0086/21
beschließend**

Frau Stadträtin Mühle verweist auf die sehr ausführliche Stellungnahme der Verwaltung. Im Ergebnis stellt sie fest, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne. Die Stellungnahme solle dem Petenten zur Verfügung gestellt werden.

Frau Stadträtin Graul vertritt die Auffassung, der Petition sei teilweise abgeholfen. Der Stadtrat habe bereits im Jahr 2017 den Verlauf der Straße beschlossen.

Frau Stadträtin Mühle stellt fest, dass sich die Petition gegen die Fahrradstraße richte. Die Verwaltung habe die Sachlage dargelegt. Im Ergebnis könne der Petition nicht entsprochen werden.

Frau Stadträtin Graul zieht ihren Antrag zurück.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt folgenden Beschlussvorschlag von Frau Stadträtin Mühle zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden. Die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung wird dem Petenten zugestellt.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition nicht abgeholfen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1

1.13 E-Petition „Hunde-Freifläche im westl. Alaunpark“

**P0079/21
beschließend**

Herr Stadtrat Drews nimmt auf die Verwaltungsstellungnahme Bezug. Diese verdeutliche die unterschiedlichen Nutzungsinteressen für den westlichen Teil des Alaunparks und welche Abwägungsprozesse die Verwaltung vorgenommen habe. Was aus der Stellungnahme nicht deutlich werde, seien bereits drei beschlossene Planungen für den Alaunpark. All das führe zu dem Ergebnis, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne.

Herr Stadtrat Gilke hält die Stellungnahme für interessant. Die Stellungnahme zu der nachfolgenden Petition (TOP 1.14) sei nahezu identisch. Gleichwohl sei es eine Frage des politischen Willens.

Er unterbreitet den Vorschlag, dass den Petitionen unter Tagesordnungspunkt 1.13 und 1.14 teilweise abzuhelpen sei. Dafür solle die Verwaltung beauftragt werden, nach Lösungen im Sinne der Hundehalter zu suchen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch greift die gemeinsame Beratung der Petitionen auf. Sie stellt Einvernehmen fest, so zu verfahren.

Des Weiteren informiert sie, dass zunächst der weitergehende Antrag von Herrn Stadtrat Drews abzustimmen sei. Falls dieser keine Mehrheit finde, werde danach der Antrag von Herrn Stadtrat Gilke abgestimmt.

Sie bringt Folgendes zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden, da der Gemeingebrauch aller zur Erholung und Freizeitgestaltung im Vordergrund steht. In der Dresdner Neustadt sind öffentliche Grünflächen nur begrenzt vorhanden und der Alaunpark ist einer der am stärksten frequentierten Orte. Bei der Einrichtung der zusätzlichen Flächen wurden die Anregungen und Wünsche der Bevölkerung nachgefragt, dabei hat das öffentliche Interesse am Gemeingebrauch der Grünanlage das Interesse des Hundefreilaufs ohne Leine überwogen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition nicht abgeholfen
Ja 12 Nein 4 Enthaltung 0

1.14 E-Petition „Hundewiese in Striesen“

**P0087/21
beschließend**

Erörterung – siehe Tagesordnung 1.14

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden, da aufgrund der Ausrichtung auf den Gemeingebrauch keine reinen „Hundeparks“ geplant und betrieben werden können.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition nicht abgeholfen
Ja 12 Nein 4 Enthaltung 0

1.15 Petition "Straßenbenennung nach Georg Gradnauer"**P0084/21
beschließend**

Frau Stadträtin Graul unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag, den **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** zur Abstimmung stellt:

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen, da in Dresden zurzeit wenige Straßen neu gebaut bzw. benannt werden und die Vergabe von Straßennamen an Grundsätze des Stadtrates gebunden ist.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition nicht abgeholfen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

1.16 E-Petition „Abschaffung der Zweitwohnungssteuer für Eltern, die Ihre Kinder im Nestmodell betreuen“**P0089/21
beschließend**

Frau Stadträtin Mühle bezieht sich auf die ausführliche rechtliche Stellungnahme der Verwaltung. Das Anliegen der Petition sei nachvollziehbar, da das kinderfreundliche Nestmodell mit hohen Kosten verbunden sei, weil die Eltern zur Wohnung der Kinder noch jeweils eine eigene Wohnung bewohnen. Sie reflektiert den Inhalt der Stellungnahme, die die verschiedenen Aspekte und Probleme aufzeige.

Sie unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag, den **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** zur Abstimmung stellt:

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden. Die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung wird dem Petenten mit der Antwort übermittelt und ist im Ratsinformationssystem (Link <https://ratsinfo.dresden.de>) abrufbar.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition nicht abgeholfen
Ja 14 Nein 1 Enthaltung 0

1.17 E-Petition „Kein umweltbelastender Ski-Weltcup mehr an den Elbwiesen!“**P0092/21
beschließend**

Frau Stadträtin Mühle nimmt auf die Stellungnahme Bezug. Sie schlägt vor, die Petition zu vertagen, weil es derzeit dafür keine Entscheidung gebe. Des Weiteren solle die Petition den Mitgliedern des Ausschusses für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten) zur Kenntnis gegeben werden. Weil die Veranstaltung auch vom Land gefördert werde, soll die Petition auch dem Petitionsausschuss des Landtages zugeleitet werden.

Herr Stadtrat Drews beantragt aufgrund der vorliegenden Stellungnahme, der Petition abzuhehlen, weil es keine neuen Verhandlungen gebe. Damit würde die Forderung des Petenten erfüllt. Falls Verhandlungen geführt würden, entscheide per se der Stadtrat, unabhängig, was dieser Ausschuss heute entscheide.

Herr Stadtrat Kaden teilt die Auffassung, dass der Petition abgeholfen werden könne. Die Stellungnahme sei eindeutig. Im Übrigen sei die Veranstaltung professionell und die Umweltbelastungen seien sehr gering.

Frau Stadträtin Mühle zieht ihren Antrag zurück.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bringt den Antrag von Herrn Stadtrat Drews zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition kann abgeholfen werden, da der Veranstalter keinen weiteren Ski-Weltcup in Dresden vorsieht.

Die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung wird dem Petenten mit der Antwort übermittelt und ist im Ratsinformationssystem (Link <https://ratsinfo.dresden.de>) abrufbar.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition abgeholfen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch schließt den öffentlichen Sitzungsteil.

Annekatriin Klepsch
Vorsitzende

Manuela Richter
Schriftführerin

Andrea Mühle
Stadträtin

Robert Malorny
Stadtrat